

Sächsische Dorfzeitung und Elbgauapresse

Tageszeitung

Jahrespost-Büro: Amt Dresden Nr. 31307

Ziel-Adresse: Elbgauapresse Blasewitz

Deut.-Rhein: Illg. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz

Postleitzahl: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaften Dresden-Alitt. und Dresden-Nienst., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendentur Dresden II, des Forstamts Dresden,
sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Radeberg, Bühlau, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoyritz, Höherwitz, Pillnitz, Dobritz, Laubegast.
Druck und Verlag: Elbgau-Durchdruck und Verlagsanstalt Hermann Herter & Co., Blasewitz. / Herausgeber für die Schriftleitung: Otto St. Zimmermann, Dresden; für den Anzeigen- und Verkauf: Paul Beßel, Dresden.

Scheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierfach, 12,90 einschließlich Bestellung;
durch Boten ins Haus vierteljährlich 12.— monatlich 4.—
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.— monatlich 3,75

Gefahr in Vergug.

Nunmehr liegen die Mai-Ergebnisse der Förderung im Kohlenbergbau vor. Sie sind noch ungünstiger wie die für April und März. Immer deutlicher zeigt sich, daß die Rümdigung des Übereinkommens in jeder Hinsicht verhängnisvoll für die deutsche Wirtschaft ist. Bauen wir einmal die Zahlen sprechen. Im Mai wurden im Ruhrgebiet 6,9 Millionen Tonnen gefördert. Das ist gegenüber der Förderung im Februar eine arbeitsfähige Minderleistung von 41 000 Tonnen. Rontalisch ist also mit einem Ausfall von 1 Million Tonnen zu rechnen. Dabei ist die Belegschaftsziffer abnehmend gewachsen. Sie stieg von 542 000 im April auf 543 200 im Mai, trotzdem der Rückgang der Förderung, was eindeutig klar zeigt, daß der Fortfall der Übereinkommen die Urfache der Minderförderung ist. Während also die Förderungsmenge sich senkt, steigen auf der anderen Seite die Belegschaftszahlen. Hier liegt Gefahr im Vergleich. Die Erhöhung der Kohlensteuer ist das Kernstück des neuen Steuerplanes der Reichsregierung. Diese Erhöhung muß sich aber als besonders harte Last für unsere Wirtschaft auswirken, wenn auf der anderen Seite die Kohlenförderung andauernd anfängt. An sich trägt die wachsende Belegschaftsziffer dazu bei, die Kohlenpreise ebenfalls in die Höhe zu treiben. Das Problem der Wiederaufstellung ist aber nicht zu lösen, wenn die Erzeugung sinkt, ebenso wenn das, was erzeugt wird, in Folge verfehlter wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf den Auslandsmärkten zu feuer und nicht wettbewerbsfähig ist. Es besteht doch heute kein Zweifel mehr, daß der Aussall der Übereinkommen die Kohlenförderung gefährdet hat. Als das Übereinkommen gefündigt wurde, wurde von den Führern der Bergarbeiter behauptet, daß ein Rückgang der Förderung ausgeschlossen sei. Seit dem 14. März werden Übereinkommen nicht mehr verkohnt. Nun liegt das Ergebnis vor. Die Minderförderung wird bis zum 1. Juli über drei Millionen Tonnen betragen. Wenn hier keine Änderung eintritt, bleibt dieser Aussall auch in Zukunft bestehen. Dann aber ist unvermeidlich, daß der Eisenbahnverkehr wieder gedrosselt werden muß, ebenso daß die Industrie nicht daran vorsortiert kommt, weitere Kurzungen der Arbeitszeit oder Stilllegung vorzunehmen. Die öffentliche Meinung hat alle Urteile, sich mit der Übereinkommensfrage zu beschäftigen. Wenn nicht eine Änderung eintritt, so wird unsere Kohlenwirtschaft im Winter unfehlbar zusammenbrechen, dies um so mehr, als der Aussall der oberösterreichischen Kohlenförderung bis zum Herbst nicht wieder einzuhören ist. Unsere Kohlenwirtschaftliche Lage ist heute schon verzweifelt. Trotzdem geschieht nichts, um die größte Gefahr abzuwenden. Der Reichskanzler kündigt die Erhöhung der Kohlensteuer an. Als ob damit irgendetwas für unsere finanzielle Leistungsfähigkeit gewonnen wäre! Diese ist durchaus abhängig von der Erzeugungskraft der Wirtschaft. Wir sehen am Kohlenbergbau, daß sie allein durch Einstellung von Arbeitern nicht gesteigert werden kann. Nur sind radikale Elemente in dem Sinne tätig, für den Bergbau die Siebenstundensicht zu erzwingen. Nach der Erfahrung, die mit dem Aussall der Übereinkommen gemacht worden ist, wird die Siebenstundensicht die Kohlenförderung abermals um eine Million Tonnen im Monat senken. Der Verband auf die Lieferungsschule nicht verzichtet, so bleibt für die Wirtschaft nur noch ein Viertel der Kohlennenge der Vorkriegszeit übrig.

B. B.

Severing und Dominicus.

Die Ungeduld der Mehrheitssozialisten in Preußen, wie der ihren Anteil an der Regierung zu übernehmen, steht in selbstsamen Gegenwart zu ihrer Unfähigkeit im Reich, wo sie vor wenigen Wochen erst wieder in die Regierung eingetreten sind. Im Hauptausschuß des Preußischen Landtags hat eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen dem demokratischen Minister des Innern Dominicus und seinem mehrheitssozialistischen Vorgänger Severing stattgefunden, wobei es die Herren an bitteren Wahrheiten nicht fehlten ließen. Severing machte seinem Nachfolger den Vorwurf, daß er die Republik anscheinlich vergessen habe, was schließlich nicht mehr als eine leere Redensart ist, und Dominicus antwortete ihm schläfrig, die Durchsetzung der inneren Verwaltung Preußens mit sozialdemokratischen Parteileppern ohne Vorbildung habe zu einem slumartigen Verlassen juristisch durchgebildeter Amtsfächer geführt, die jede Aussicht verspiert hätten, je in einer Stelle als Vater- oder Regierungstat einzrinzen zu können. Mit diesem einen Satz ist das ganze Elend, das die Sozialdemokratie über unsere innere Verwaltung gebracht haben, klar und treffend gekennzeichnet. Wie kann man überhaupt noch einem Mann, der als Student und Rezessor bis zur Ablegung der Staatsprüfung als Amtsführer sieben bis acht Jahre gebraucht hat, die Zuminutung fehlen, Verwaltungsbearbeit zu werden, wenn er mit ansehen muß, daß in die von Reichswege für beruflich vorgebildete Personen vorbehaltene Stellen einzrinzen, deren einzige Vorbildung darin besteht, sich als Gewerkschafts- oder Parteisekretäre um die parteipolitische Agitation der Sozialdemokratie verdient gemacht zu haben? Mit vollem Recht hat Minister Dominicus ausgeführt, so gebe es nicht weiter und es bestehe Gefahr für den ordentlichen Gang der Verwaltungsgeschäfte. Was soll auch in der Tat aus der Verwaltung werden, wenn nicht einmal mehr ausreichend vorgebildete Amtsführer vorhanden sind, die man den gänzlich ungebildeten und unfähigen sozialdemokratischen Landräten an die Seite stellen kann?

Der verbächtige Eisler, den die sozialdemokratischen Vertreter in Preußen entwickeln und der sie zu immer maßlosen Angriffen auf Siegerwald treibt, paßt höchst schlecht zu dem Verhalten ihrer Kollegen im Steuerausschuß des Reichstags. Dort haben sie klar und klar erklärt, sich an der Beratung über den Justizsteuerausschuß, der unter Mitwirkung ihrer eigenen

Blasewitz
Sonnabend, 25. Juni 1921.

Polnische Deutschenpogrome.

In unserer ehemaligen Provinz Polen haben die Polen eine mahlende Hebe gegen das Deutschtum entfaltet, und zwar wegen angeblicher Misshandlung polnischer Arbeiter und ihrer Ausweisung aus Deutschland. Auf solche vagen Vorwürfe stützen sich die ganzen antisemitischen Aktionen der Polen, wodurch deutlich zutage tritt, daß die polnischen Helden nicht um einen Grund verlegen sind, wenn es gilt, ihre Rache an den verhafteten Deutschen zu führen, als Dantbarkeit dafür, daß wir so töricht waren und sie von der russischen Kneipe befreiten. Die Ausschreitungen nehmen immer größere Dimensionen und wildere Formen an und scheinen allmählich insidioswirtschaftliche Fahrwasser zu kommen. Das geht daraus hervor, daß außer Deutschen auch Juden und selbst Polen angegriffen werden. Schreckliche Misshandlungen werden gemeldet. Die Räume der deutschen sozialdemokratischen „Volkswoche“, das Weincafé Bochle, das jüdische Geschäft von Friedländer und das Schneidergeschäft Simon in Bromberg wurden im blinden, an Blasphemie anstossenden Bandalismus vollständig zerstört. Das Café Bristol, ebenfalls in Bromberg, wurde johlend und unter wohlausgezogenem Hohn gelächtert gestürmt, die Gäste tückisch angegriffen und hinausgeworfen und die Innenräume verwüstet und beschmiert. Auch das Bromberger Stadttheater wurde von den polnischen Kommunisten gestürmt und beschädigt. Danach zog die über 2000 Köpfe starke Menge, hauptsächlich aus dem Bromberger Janbogel bestehend, dem sich in großer Zahl polnische Militär angeschlossen hatte, vor das Rathaus, um den als deutschfreudlich verhaßten Stadtpräsidenten Placikowetz herauzzuholen. Der Stadtpräsident versuchte an das Volk eine beruhigende Ansprache zu halten, wurde aber vom jungen Standplatz heruntergezogen und schwer mishandelt. Er lief dann unter dem Schild eines Offiziers auf das Amtsgericht zu, in dessen Nähe frisch nach Bromberg angezogenes Militär sowie Offiziere und die Schüler der Offiziersschule posierten waren, die von der Garnison Bromberg allein noch der Regierung treu gehalten waren. Trotz aller Warnung verfügte die Menge sich immer wieder auf die Offiziere und Offizierschüler zu stürzen. Gegen 12 Uhr nachts machten diese von der Waffe Gebrauch und erschossen auf die Menge das Feuer mit Maschinengewehren. Nun stürzte die Menge aufeinander; sie ließen 9 Tote und etwa 12 Verwundete zurück, darunter auch einige Soldaten, die an dem Aufruhr teilgenommen hatten. Der schwer mishandelte Stadtpräsident wurde in einem Krankenhaus untergebracht. In den verschiedenen Versammlungen, die offiziell polizeilich verboten sind, aber von den Beamten nicht verhindert werden, wurden wahrsch. Kriegspläne geschmiedet. „Alle Deutschen müssen ihr Blut hergeben, besonders die Deutschen, und wir werden uns nicht

zurückschießen geben, als bis wir im deutschen Blute schwimmen können.“ 1) So rief ein polnischer Versammlungsredner der andächtig lauschenden Menge zu, die aus den dütesten Elementen sich zusammenfanden. Und natürlich wurde dem „Samson“ Redner Peitsche gebrüllt und ihm zugeworfen: „Aber vorher sollen sie noch genügend merken, daß sie Deutsche sind!“ Dieser Ausdruck ist etwas dunkel. Es soll damit gefragt werden, daß man die deutschen Opfer nicht schnell töten, sondern sie unter den gräßlichen Rassentötungen hinrichten will. Aus diesem Grunde vorließen die Deutschen, oft unter Zurücklassung all ihrer Habe, die Stadt Bromberg und suchen das Reichsgebiet auf oder das Gebiet der freien Stadt Danzig, darum und darum wohnen in der Stadt Bromberg.

Aber nicht nur dort, sondern auch in Polen beginnen sich die Deutschenbeben in Toten Lust zu machen, auch hier wird die Gefahr von Tag zu Tag größer. Ganze Siedlungsbörde in Polens Umgebung werden von der politischen Polizeiübermacht überfallen, die kleinen und großen Grundbesitzer werden unter den Augen der szenlozen Polizei gezwungen, auf ihr Hab und Gut schriftlich zu verzichten und werden mit rohelter Gewalt, die fast aus Tierischem grenzt, von ihrer Scholle getrieben, auf der sie früher unter deutscher Verwaltung zu blühendem Wohlstand gelangt waren. Aber die Bevölkerung in Menschenheit achtet nicht der heißen Tränen der Frauen, lebt nicht den bitteren Sommers im wetterharten Antlitz der Männer, hören nicht das Schreien der Kinder — was kümmert sie's? Es sind ja nur Deutschen! — Nach Meldeungen sind ganz besonders in Eilenau und Retzko Ost-Ausstellungen und Besetzungen ernst gewesen. Die Polizei ist nicht immer in der Lage, den Außständischen mit Erfolg zu begegnen; dieferhalb steht sie es vor, von der Bildfläche zu verschwinden und den Dingen freien Raum zu lassen. Wo sie es jedoch einmal magt, gebietlich aufzutreten, wird sie als „deutschfreundlich“ angesehen und mit Stolzen grüßt, sowie mit Steinen beworfen. Wenn die volkstümliche Begeisterung, die für viele Vorgänge infolge ihrer unfehligen deutschfeindlichen Polizei verantwortlich gemacht werden muß, nicht baldigst ganz energisch gegen das Bandenunwesen Front macht, wird sie leben müssen, daß aus dem fruchtbaren Lande Polen, unserer einkindigen Kornkammer, eine Wüste wird, und diesen Schaden wird sie an eigenen Leibe verüben. Sofern sie ferner geschehen, daß deutsche Kultur bekämpft, daß deutsches Werk und deutscher Wert zerstört wird, dann mag sie nur mit dem Ende ihrer Herrlichkeit rechnen, denn Polen allein ist nicht imstande, sich lebensträchtig zu erhalten. Ohne deutsches Fleisch wird Polen in Faulheit verkommen, das jetzt schon das Menetekel: „Finis Polonia“ an der Stirn trägt.

Vertreter vom Reichskabinett beschlossen worden ist, nicht beteiligen zu können, weil sie erst Kenntnis vom gesamten Steuerprogramm des Kabinetts haben müßten. Das zeigt von herzlich wenig Vertrauen in das politische Verständnis der von Ihnen ins Kabinett entsandten Minister. Außerdem aber haben sie in Verhandlungen mit führenden Männern des Zentrums geltend gemacht, die Sozialdemokratie im Reich könne die übernommene schwere Verantwortung nicht tragen, während sie im größten Verwaltungstaat Preußen ausgeschaltet bleibe. Fürwahr, es ist eine merkwürdige Art, sich einer schweren Verantwortlichkeit bewußt zu sein und sie zu tragen, indem man sich an den Arbeiten als Amtsführer eben dieser Verantwortlichkeit schamhaft nicht beteiligt, eben weil man die Verantwortung nicht übernehmen will! Das ist echt sozialdemokratische Logik im Reich und in Preußen, wo die beiden Sozialdemokratien etwa den beiden Löwen der Fabel gleichen, die sich gegenseitig aufstellen, so daß von beiden nur der Schwanzwedel übrig bleibt.

Das verkaufte Oberschlesien.

Aus oberösterreichischen Kreisen schreibt man uns:

„Dass die interalliierte Kommission in Oppeln das oberösterreichische Volk vertreten und verkaufen hat, das ist eine bittere Wahrheit. Das aber die deutsche Regierung und die von ihr eingesetzten Behörden den Betrug der Entente, wenn auch unbedingt mit allen Mitteln erleichtern, daß sie bisher tapfer in dem Mord an oberösterreichischen Polen zugesehen haben, das ist eine erbitternde Wahrheit, über die dem Volke die Augen geöffnet werden müssen. Es ist eine Pflicht des Gewissens, die Erfahrung und Entschlusslosigkeit der deutschen Politik in Oberschlesien aufzudecken und zu gezielter Zeit gebracht werden. Es gibt eine Loyalität gegenüber der Entente, die als Selbstmord bezeichnet werden muß. Der polnische Einfall in Oberschlesien ist grausame Wildheit geworden. Die Hilflosigkeit, Ratlosigkeit und Unentschlossenheit der deutschen maßgebenden Stellen angesehn des polnischen Raubes, übersteigt alles Dägenseine. Während die Polen raubten und plünderten, beschönigte sich die deutsche Regierung auf die Hoffnung, daß mit der Annahme des Reparations-Ultimatums der Rechtszustand in Oberschlesien durch die Entente wieder hergestellt werden würde. Als diese Hoffnung bitter enttäuscht wurde, bildete sich aus der Not der Dinge der deutsche Selbstschutz. Der sichere Erfolg der Abwehr ist von den Organen der deutschen Regierung unterbunden worden. Jeder Hottentot hat das Recht der Rettung und Selbstverteidigung gegen einen hinterlistigen Überfall. Die deutsche Regierung hat aber nicht einmal die Aufsicht Lloyds Georges begriffen. Anstatt sich neutral zu verhalten, und den Selbstschutz gewähren zu lassen, hat sie, obwohl sie völkerrechtlich nicht zuständig war, nichts unterlassen, um sie zu erschweren, in dem sträflichen Optimismus, daß die J. A. dem polnischen Gewaltstreit selbst Einhalt tun werde, die Beweise für diese Tatfache werden zu geeigneter Zeit gebracht werden. Es gibt eine Loyalität gegenüber der Entente, die als Selbstmord bezeichnet werden muß. Der polnische Einfall in Oberschlesien ist grausame Wildheit geworden. Die Hilflosigkeit, Ratlosigkeit und Unentschlossenheit der deutschen maßgebenden Stellen angesehn des polnischen Raubes, übersteigt alles Dägenseine. Während die Polen raubten und plünderten, beschönigte sich die deutsche Regierung auf die Hoffnung, daß mit der Annahme des Reparations-Ultimatums der Rechtszustand in Oberschlesien durch die Entente wieder hergestellt werden würde. Als diese Hoffnung bitter enttäuscht wurde, bildete sich aus der Not der Dinge der deutsche Selbstschutz. Der sichere Erfolg der Abwehr ist von den Organen der deutschen Regierung unterbunden worden. Jeder Hottentot hat das Recht der Rettung und Selbstverteidigung gegen einen hinterlistigen Überfall. Die deutsche Regierung hat aber nicht einmal die Aufsicht Lloyds Georges begriffen. Anstatt sich neutral zu verhalten, und den Selbstschutz gewähren zu lassen, hat sie, obwohl sie völkerrechtlich nicht zuständig war, nichts unterlassen, um sie zu erschweren, in dem sträflichen Optimismus, daß die J. A. dem polnischen Gewaltstreit selbst Einhalt tun werde, die Beweise für diese Tatfache werden zu geeigneter Zeit gebracht werden. Es gibt eine Loyalität gegenüber der Entente, die als Selbstmord bezeichnet werden muß. Der polnische Einfall in Oberschlesien ist grausame Wildheit geworden. Die Hilflosigkeit, Ratlosigkeit und Unentschlossenheit der deutschen maßgebenden Stellen angesehn des polnischen Raubes, übersteigt alles Dägenseine. Während die Polen raubten und plünderten, beschönigte sich die deutsche Regierung auf die Hoffnung, daß mit der Annahme des Reparations-Ultimatums der Rechtszustand in Oberschlesien durch die Entente wieder hergestellt werden würde. Als diese Hoffnung bitter enttäuscht wurde, bildete sich aus der Not der Dinge der deutsche Selbstschutz. Der sichere Erfolg der Abwehr ist von den Organen der deutschen Regierung unterbunden worden. Jeder Hottentot hat das Recht der Rettung und Selbstverteidigung gegen einen hinterlistigen Überfall. Die deutsche Regierung hat aber nicht einmal die Aufsicht Lloyds Georges begriffen. Anstatt sich neutral zu verhalten, und den Selbstschutz gewähren zu lassen, hat sie, obwohl sie völkerrechtlich nicht zuständig war, nichts unterlassen, um sie zu erschweren, in dem sträflichen Optimismus, daß die J. A. dem polnischen Gewaltstreit selbst Einhalt tun werde, die Beweise für diese Tatfache werden zu geeigneter Zeit gebracht werden. Es gibt eine Loyalität gegenüber der Entente, die als Selbstmord bezeichnet werden muß. Der polnische Einfall in Oberschlesien ist grausame Wildheit geworden. Die Hilflosigkeit, Ratlosigkeit und Unentschlossenheit der deutschen maßgebenden Stellen angesehn des polnischen Raubes, übersteigt alles Dägenseine. Während die Polen raubten und plünderten, beschönigte sich die deutsche Regierung auf die Hoffnung, daß mit der Annahme des Reparations-Ultimatums der Rechtszustand in Oberschlesien durch die Entente wieder hergestellt werden würde. Als diese Hoffnung bitter enttäuscht wurde, bildete sich aus der Not der Dinge der deutsche Selbstschutz. Der sichere Erfolg der Abwehr ist von den Organen der deutschen Regierung unterbunden worden. Jeder Hottentot hat das Recht der Rettung und Selbstverteidigung gegen einen hinterlistigen Überfall. Die deutsche Regierung hat aber nicht einmal die Aufsicht Lloyds Georges begriffen. Anstatt sich neutral zu verhalten, und den Selbstschutz gewähren zu lassen, hat sie, obwohl sie völkerrechtlich nicht zuständig war, nichts unterlassen, um sie zu erschweren, in dem sträflichen Optimismus, daß die J. A. dem polnischen Gewaltstreit selbst Einhalt tun werde, die Beweise für diese Tatfache werden zu geeigneter Zeit gebracht werden. Es gibt eine Loyalität gegenüber der Entente, die als Selbstmord bezeichnet werden muß. Der polnische Einfall in Oberschlesien ist grausame Wildheit geworden. Die Hilflosigkeit, Ratlosigkeit und Unentschlossenheit der deutschen maßgebenden Stellen angesehn des polnischen Raubes, übersteigt alles Dägenseine. Während die Polen raubten und plünderten, beschönigte sich die deutsche Regierung auf die Hoffnung, daß mit der Annahme des Reparations-Ultimatums der Rechtszustand in Oberschlesien durch die Entente wieder hergestellt werden würde. Als diese Hoffnung bitter enttäuscht wurde, bildete sich aus der Not der Dinge der deutsche Selbstschutz. Der sichere Erfolg der Abwehr ist von den Organen der deutschen Regierung unterbunden worden. Jeder Hottentot hat das Recht der Rettung und Selbstverteidigung gegen einen hinterlistigen Überfall. Die deutsche Regierung hat aber nicht einmal die Aufsicht Lloyds Georges begriffen. Anstatt sich neutral zu verhalten, und den Selbstschutz gewähren zu lassen, hat sie, obwohl sie völkerrechtlich nicht zuständig war, nichts unterlassen, um sie zu erschweren, in dem sträflichen Optimismus, daß die J. A. dem polnischen Gewaltstreit selbst Einhalt tun werde, die Beweise für diese Tatfache werden zu geeigneter Zeit gebracht werden. Es gibt eine Loyalität gegenüber der Entente, die als Selbstmord bezeichnet werden muß. Der polnische Einfall in Oberschlesien ist grausame Wildheit geworden. Die Hilflosigkeit, Ratlosigkeit und Unentschlossenheit der deutschen maßgebenden Stellen angesehn des polnischen Raubes, übersteigt alles Dägenseine. Während die Polen raubten und plünderten, beschönigte sich die deutsche Regierung auf die Hoffnung, daß mit der Annahme des Reparations-Ultimatums der Rechtszustand in Oberschlesien durch die Entente wieder hergestellt werden würde. Als diese Hoffnung bitter enttäuscht wurde, bildete sich aus der Not der Dinge der deutsche Selbstschutz. Der sichere Erfolg der Abwehr ist von den Organen der deutschen Regierung unterbunden worden. Jeder Hottentot hat das Recht der Rettung und Selbstverteidigung gegen einen hinterlistigen Überfall. Die deutsche Regierung hat aber nicht einmal die Aufsicht Lloyds Georges begriffen. Anstatt sich neutral zu verhalten, und den Selbstschutz gewähren zu lassen, hat sie, obwohl sie völkerrechtlich nicht zuständig war, nichts unterlassen, um sie zu erschweren, in dem sträflichen Optimismus, daß die J. A. dem polnischen Gewaltstreit selbst Einhalt tun werde, die Beweise für diese Tatfache werden zu geeigneter Zeit gebracht werden. Es gibt eine Loyalität gegenüber der Entente, die als Selbstmord bezeichnet werden muß. Der polnische Einfall in Oberschlesien ist grausame Wildheit geworden. Die Hilflosigkeit, Ratlosigkeit und Unentschlossenheit der deutschen maßgebenden Stellen angesehn des polnischen Raubes, übersteigt alles Dägenseine. Während die Polen raubten und plünderten, beschönigte sich die deutsche Regierung auf die Hoffnung, daß mit der Annahme des Reparations-Ultimatums der Rechtszustand in Oberschlesien durch die Entente wieder hergestellt werden würde. Als diese Hoffnung bitter enttäuscht wurde, bildete sich aus der Not der Dinge der deutsche Selbstschutz. Der sichere Erfolg der Abwehr ist von den Organen der deutschen Regierung unterbunden worden. Jeder Hottentot hat das Recht der Rettung und Selbstverteidigung gegen einen hinterlistigen Überfall. Die deutsche Regierung hat aber nicht einmal die Aufsicht Lloyds Georges begriffen. Anstatt sich neutral zu verhalten, und den Selbstschutz gewähren zu lassen, hat sie, obwohl sie völkerrechtlich nicht zuständig war, nichts unterlassen, um sie zu erschweren, in dem sträflichen Optimismus, daß die J. A. dem polnischen Gewaltstreit selbst Einhalt tun werde, die Beweise für diese Tatfache werden zu geeigneter Zeit gebracht werden. Es gibt eine Loyalität gegenüber der Entente, die als Selbstmord bezeichnet werden muß. Der polnische Einfall in Oberschlesien ist grausame Wildheit geworden. Die Hilflosigkeit, Ratlosigkeit und Unentschlossenheit der deutschen maßgebenden Stellen angesehn des polnischen Raubes, übersteigt alles Dägenseine. Während die Polen raubten und plünderten, beschönigte sich die deutsche Regierung auf die Hoffnung, daß mit der Annahme des Reparations-Ultimatums der Rechtszustand in Oberschlesien durch die Entente wieder hergestellt werden würde. Als diese Hoffnung bitter enttäuscht wurde, bildete sich aus der Not der Dinge der deutsche Selbstschutz. Der sichere Erfolg der Abwehr ist von den Organen der deutschen Regierung unterbunden worden. Jeder Hottentot hat das Recht der Rettung und Selbstverteidigung gegen einen hinterlistigen Überfall. Die deutsche Regierung hat aber nicht einmal die Aufsicht Lloyds Georges begriffen. Anstatt sich neutral zu verhalten, und den Selbstschutz gewähren zu lassen, hat sie, obwohl sie völkerrechtlich nicht zuständig war, nichts unterlassen, um sie zu erschweren, in dem sträflichen Optimismus, daß die J. A. dem polnischen Gewaltstreit selbst Einhalt tun werde, die Beweise für diese Tatfache werden zu geeigneter Zeit gebracht werden. Es gibt eine Loyalität gegenüber der Entente, die als Selbstmord bezeichnet werden muß. Der polnische Einfall in Oberschlesien ist grausame Wildheit geworden. Die Hilflosigkeit, Ratlosigkeit und Unentschlossenheit der deutschen maßgebenden Stellen angesehn des polnischen Raubes, übersteigt alles Dägenseine. Während die Polen raubten und plünderten, beschönigte sich die deutsche Regierung auf die Hoffnung, daß mit der Annahme des Reparations-Ultimatums der Rechtszustand in Oberschlesien durch die Entente wieder hergestellt werden würde. Als diese Hoffnung bitter enttäuscht wurde, bildete sich aus der Not der Dinge der deutsche Selbstschutz. Der sichere Erfolg der Abwehr ist von den Organen der deutschen Regierung unterbunden worden. Jeder Hottentot hat das Recht der Rettung und Selbstverteidigung gegen einen hinterlistigen Überfall. Die deutsche Regierung hat aber nicht einmal die Aufsicht Lloyds Georges begriffen. Anstatt sich neutral zu verhalten, und den Selbstschutz gewähren zu lassen, hat sie, obwohl sie völkerrecht